

Presseschau mit Schwerpunkt „Hessische, europäische und internationale Bildungspolitik“

Stand: 01.09.2016 bis 16.09.2016

Inhalt

Pressemitteilungen der Hessischen Ministerien.....	1
Gemeinsam die Herausforderung der Integration bewältigen.....	1
Schule muss viel mehr leisten als früher. 2	
Hessens Erstklässler erhalten Warnwesten	6
Vereinbarung zur Beschulung von Flüchtlingen unterzeichnet.....	6
Hessen macht weiter Tempo beim Ganztagsausbau	7
Projekt „SchreibKunst“ fördert literarischen Nachwuchs an Hessens Schulen ...	9
Pressemitteilungen aus dem BMBF.....	10
Berufliche Bildung in Deutschland leistungsstark und zukunftsweisend	10
Kleine Unternehmen bei der Ausbildung unterstützen.....	11
Wanka: "Wir brauchen eine Berufsbildung 4.0"	12
Lese- und Schreibkompetenzen Erwachsener verbessern	13
Pressemeldungen des BIBB.....	15
Ausbildung Geflüchteter: Betriebliches Engagement läuft an	15
Pressemitteilungen der EU-Kommission... 16	
Debatte zur Lage der Union 2016.....	16
Rede zur Lage der Union	17
Artikel über Bildung: Presse.....	17
Schulen, Unis, Ausbildung Deutschland investiert mehr Geld in die Schulen.....	17
3000 neue Stellen geplant: Landesregierung gibt mehr Geld für Bildung und Sicherheit.....	19
OECD-Bildungsvergleich	20
Luft nach oben	20

Pressemitteilungen der Hessischen Ministerien

15.09.2016 Pressestelle: **Hessisches Kultusministerium**

Gemeinsam die Herausforderung der Integration bewältigen

Nach dem großen Interesse des „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)-Fachtages im vergangenen Jahr veranstaltet das Hessische Kultusministerium auch 2016 in enger Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität in Gießen für Lehrkräfte sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen einen landesweiten Fachtag „Deutsch als Zweitsprache“.



© iofoto/Fotolia.com

Auf Anregung der „Fachgruppe Bildung“ des Asylkonvents der Hessischen Landesregierung findet die Veranstaltung in diesem Jahr erstmals an zwei aufeinanderfolgenden Tagen statt. Am morgigen Freitag treffen sich unter dem Motto „Die Bedeutung des Ehrenamtes für die schulische Integration“ erstmals auch ehrenamtlich im schulischen Bereich Tätige zum Gedankenaustausch und werden dabei durch den Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, begrüßt.

Am Samstag folgt dann der landesweite Fachtag „Deutsch als Zweitsprache“ für Lehrkräfte sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit dem Thema „Sprachförderung als der Schlüssel zur schulischen Integration“. Das Programm der beiden Tage finden Sie im Anhang zu dieser Einladung.

Kultusminister lobt Engagement der ehrenamtlich Tätigen

Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz lobte die engagierte Arbeit aller ehrenamtlich Tätigen: „Der Fachtag bietet mir die Gelegenheit, mich für die geleistete überaus wertvolle und nachhaltige Arbeit sowie das sicherlich nicht immer selbstverständliche Engagement zur Förderung unse-

rer Schülerinnen und Schüler ausdrücklich zu bedanken. Mit der Arbeit und dem großartigen Einsatz tragen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtages zur erfolgreichen und gelingenden Integration der Kinder und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunftssprache in unsere Gesellschaft bei.“

Sensibilisierung und Qualifizierung als Ziel

Beide Fachtage verfolgen das Ziel, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Fachvorträge und zahlreiche Workshops noch stärker für die Aufgabe der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache zu sensibilisieren und zu qualifizieren sowie andererseits zu verdeutlichen, dass die Flüchtlingsbeschulung eine herausfordernde Querschnittsaufgabe ist, die nur gemeinsam erfolgreich bewältigt werden kann. Das schulische Gesamtsprachförderkonzept des Hessischen Kultusministeriums bildet dabei den passenden Orientierungsrahmen, getragen von der Grundüberzeugung, dass das Beherrschen der Unterrichtssprache der Schlüssel zum Schulerfolg und damit zu einer gelingenden Integration ist.

„Solche Veranstaltungen sind zweifellos ein wichtiger Ort der Begegnung, um sich im Austausch miteinander anzuregen und gegenseitig zu bestärken. Netzwerke, die in diesem Kontext entstehen, sind wertvolle Unterstützungssysteme bei dem herausfordernden Prozess des Ankommens und des Neuanfangs unserer Flüchtlinge und Zuwanderer“, so Kultusminister Lorz.

13.09.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium

"Schule muss viel mehr leisten als früher"

Es ist ein Schuljahr der Herausforderungen, von der Integration der Flüchtlingskinder bis zum Ganztagsausbau. Der Kultusminister will die Kooperation mit der Ditib überprüfen und die "Kofferpädagogik" beenden.

Die Erstklässlerzahl ist zum neuen Schuljahr seit langem erstmals wieder gestiegen. Freuen Sie sich darüber?

Es ist immer schön, wenn es mehr Kinder gibt, aber wir haben keine Zielzahl von Schülern, die wir in Hessen unbedingt haben wollen. Die Steigerung ist durch die Zuwanderung im letzten Jahr entstanden. Wenn man die herausrechnet, dann haben wir

weiter zurückgehende Schülerzahlen, so wie das ja auch immer prognostiziert worden ist. Wir fangen die zusätzlichen Zahlen aber mit zusätzlichen Ressourcen auf, deshalb mache ich mir über die Leistungsfähigkeit des Systems insgesamt keine Sorgen. Wir hätten uns auch auf 750 000 oder 760 000 Schüler einstellen können, jetzt sind es eben gut 770 000.

Trotz Schuldenbremse können Sie aus dem Vollen schöpfen. Es gibt in Hessen so viele Lehrer wie noch nie. 800 sind allein in diesem Jahr hinzugekommen, bei einem Schülerzuwachs von lediglich 3000, und für das nächste Jahr ist schon die Einstellung von weiteren 1100 Lehrern angekündigt. Das kostet das Land zusammen rund 100 Millionen Euro. So mancher Ihrer Ministerkollegen würde sich freuen, wenn er so viel Geld ausgeben könnte.

Nun, die Gewerkschaften rechnen mir vor, dass das alles immer noch viel zu wenig sei. Wir gleichen den Zuwanderungseffekt mit zusätzlichen Ressourcen aus, damit wir unser zu Beginn der Legislaturperiode gegebenes Versprechen einhalten können: Wir wollten die Zahl der Lehrer trotz der damals noch vorhergesagten sinkenden Schülerzahlen nicht verringern. Natürlich bin ich froh, dass wir jetzt nicht anfangen müssen zu knapsen und zu schieben, sondern dass wir den unerwarteten Schülerzuwachs auffangen können, ohne dass das System insgesamt leidet.

Noch mal: 800 zusätzliche Lehrer für einen Zuwachs von gerade einmal 3000 Schülern. Steht das noch in einem vernünftigen Verhältnis?

Unsere Rechnung ist eine andere. Wir sagen: Ohne die Zuwanderung hätten wir jetzt in etwa 754 000 Schüler, im vergangenen Jahr wären es ohne Zuwanderung 760 000 gewesen. Wir hätten also jetzt 6000 Schülerinnen und Schüler weniger. Das Versprechen war, dass wir trotz dieses sich abzeichnenden Rückgangs keine Lehrerstellen abbauen würden. Für die fast 17 000 Schüler, um die wir jetzt über den erwarteten 754 000 liegen, ist der geplante Zuwachs an Lehrerstellen angemessen. Aber natürlich profitiert auch das System insgesamt davon.

Die 1900 zusätzlichen Lehrerstellen bleiben auch bestehen, wenn die für die

Flüchtlinge erforderlichen Intensivklassen aufgelöst werden?

Ja. Denn wenn diese Schüler aus den Intensivklassen in die Regelklassen wechseln, brauchen sie weiterhin Sprachförderung, nur eben nicht mehr tagesumfassend. Am Ende kommen diese 1900 Lehrerstellen aber allen Schülerinnen und Schülern zugute.

Flüchtlingszuwanderung, Ganztagsbetreuung, Inklusion behinderter Schüler in den Regelunterricht, Sozialindex, das heißt mehr Lehrer für Schulen in sozialen Brennpunkten, und islamischer Religionsunterricht. Könnte man sagen, Ihre Amtszeit steht unter der Überschrift Integration?

Das kommt darauf an, wie Sie Integration definieren. Wenn Sie den Begriff im weiteren Sinn als Reaktion auf die Heterogenität der Schullandschaft verstehen, dann kann man das so sagen. Diese Heterogenität - genauer gesagt: der angemessene Umgang mit ihr, ohne dass die Qualität insgesamt leidet - ist die große Herausforderung, durch die Zuwanderung natürlich noch erheblich verstärkt.

Ist denn die Schülerschaft tatsächlich so viel heterogener als in früheren Jahrzehnten?

Das ist es jedenfalls, was uns die Lehrer berichten.

Wie drückt sich diese Heterogenität aus?

Die Voraussetzungen, mit denen Kinder in die Schule kommen, klaffen weiter auseinander als früher. Am einen Ende des Spektrums haben wir sehr bildungsaffine Eltern, die sich wesentlich mehr - manchmal schon zu viel - um ihre Kinder kümmern und sie mehr unterstützen, als das früher auch in bildungsaffinen Schichten der Fall war. Am anderen Ende des Spektrums haben wir hingegen einen gestiegenen Prozentsatz von Eltern, die sich gar nicht um ihre Kinder kümmern und bei denen die Schule deshalb mit fundamentaler Sozialisation beginnen muss. Dazwischen gibt es ein riesiges Spektrum, und unter dem Strich muss Schule viel mehr leisten als früher.

Bei der Ganztagsbetreuung setzen Sie vor allem auf den "Pakt für den Nachmittag", mit jetzt zehn weiteren Schulträgerbezirken, die dabei sind. Damit sind es insgesamt 16, die Hälfte von Hessen ist abgedeckt. Reicht Ihnen das?

Nein. Wir sind ja auch erst im zweiten Jahr dieses Angebots. Der "Pakt für den Nachmittag" ist aber auf fünf Jahre angelegt, und dann wollen wir im Grundschulbereich Bedarfsdeckung erreicht haben.

Was ist Bedarfsdeckung?

Ich habe auch da keine Zielzahl. Mich interessiert, was uns die Schulen signalisieren. Diese Wünsche möchte ich erfüllen.

Entscheidend sind aber doch nicht die Wünsche, sondern die Möglichkeiten. Nur dort, wo der Schulträger seinen Anteil an der Finanzierung übernimmt, kann eine Grundschulbetreuung bis 17 Uhr angeboten werden.

Vielerorts bestehen ja schon Angebote nachmittäglicher Betreuung. Die wollen wir im Pakt für den Nachmittag miteinander verzahnen, ein Angebot aus einem Guss machen und die Qualität erhöhen. Deshalb holen wir die Schulträger auch mit ins Boot.

Was aber auch heißt, dass es ohne finanzielles Engagement der Schulträger kein Nachmittagsangebot gibt, selbst wenn eine Schule, die Eltern, die Lehrer und die Schüler das wollen.

Die bisherigen Gespräche zeigen, dass die Bereitschaft der Schulträger mitzumachen durchaus vorhanden ist, weil man den Bedarf der Eltern an nachmittäglichen Betreuungsangeboten dort auch längst erkennt. Auf dieser Grundlage lässt sich ein solcher Pakt gut aushandeln. Abschließend bewerten kann man das allerdings erst am Ende der fünf Jahre.

Sie setzen auf Freiwilligkeit und Kooperation zwischen Land, Schulträgern und Schulen?

Ja, ich will das nicht per Ordre du Mufti machen.

Bei der Inklusion behinderter Schüler gibt es jetzt einen neuen Begriff "inklusives Schulbündnis". Was ist das?

Das ist der Versuch, in einer vernünftig zugeschnittenen Region - einem Schulträgerbezirk, über dessen Grenzen hinaus oder auch nur in einem Stadtteil - Vertreter aller Schulformen und alle sonstigen Beteiligten an einen Tisch zu holen, um gemeinsam Angebote für behinderte Schüler zu ermöglichen. Dort sollen die Strukturen so festgelegt und die Ressourcen so verteilt werden, dass man die Kinder möglichst gut fördern kann. Wo genau dann der beste Platz für ein

Kind ist, müssen weiter die Förderausschüsse vor Ort festlegen.

Derzeit werden Förderschullehrer in der inklusiven Beschulung nicht fest einer Regelschule zugeordnet, sondern herumgeschickt. Schwarz-Grün hatte doch angekündigt, diese "Kofferpädagogik" abzuschaffen.

Das ist unser Ziel. Aber wir fangen ja mit dem neuen Verfahren erst in diesem Schuljahr an. Bisher gibt es erst 25 "inklusive Schulbündnisse", am Ende des dritten Schuljahres sollen es über 100 sein. Das Land garantiert die notwendigen Ressourcen, aber die Entscheidung über die Verteilung überlassen wir den Entscheidungsträgern vor Ort. Die sollen in der Frage bewusst mit der Zielvorstellung herangehen, dass Förderschullehrer möglichst fest an einer Schule zum Einsatz kommen.

Es gilt der Koalitionsvertrag: Am Ende der Legislaturperiode soll möglichst kein Elternwunsch nach inklusiver Beschulung mehr abschlägig beschieden werden?

Das ist unser Ziel. Wir werden das wahrscheinlich nicht zu 100 Prozent erreichen, aber ich versuche, so nah wie möglich heranzukommen.

Thema islamischer Religionsunterricht. Sie sagen: In der Praxis läuft das glatt, es gibt keinen Änderungsbedarf. Ministerpräsident Volker Bouffier hat nun aber angekündigt, dass die Verlässlichkeit einer der muslimischen Partnerorganisationen - der türkischen Ditib - noch einmal überprüft werden sollte. Haben Sie das als Zurechtweisung von oben verstanden?

Nein, das war abgesprochen. Der Religionsunterricht vor Ort läuft ja auch reibungslos. Es gibt bislang keinerlei Rückmeldung, die zu Bedenken Anlass böte.

Dann bedarf es doch auch keiner weiteren Überprüfung von Ditib?

Da geht es um die Frage der fortwährenden Verlässlichkeit des Kooperationspartners für den islamischen Religionsunterricht insgesamt. Um mitwirken zu können, muss eine Religionsgemeinschaft bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Ob das bei Ditib weiter gewährleistet ist, wollen wir jetzt vor dem Hintergrund der veränderten Situation in der Türkei noch einmal von einem unabhängigen Gutachter prüfen lassen.

Das ist eine formelle Überprüfung, die es für den anderen Kooperationspartner nicht gibt?

Das ist kein formelles Verfahren, sondern eine anlassbezogene Form der Überprüfung. Wie genau das ablaufen wird, haben wir noch nicht entschieden.

Was genau ist der Anlass für diese außerordentliche Überprüfung?

Die Verbindungen, die Ditib in die Türkei hat, vor dem Hintergrund des gescheiterten Putschversuchs in dem Land. Viele Menschen stellen Fragen, und darauf wollen wir möglichst valide Antworten geben.

Im Kern geht es darum, ob die Verbindungen von Ditib zur türkischen Regierung möglicherweise zu eng und zu direkt sein könnten?

Genau.

Wenn aber Ditib als Kooperationspartner wegfiel, würde auch ein wesentlicher Pfeiler des bekenntnisorientierten Islamunterrichts wegbrechen.

Allerdings.

Das heißt dennoch nicht, dass Sie bereit wären, unvermeidbare Kompromisse zu machen, nur um das Projekt Islamunterricht zu retten.

Ganz sicher nicht. Wenn wir zu der Erkenntnis kämen, dass eine Zusammenarbeit mit Ditib aufgrund der neuen Situation nicht mehr vertretbar wäre, müssten wir daraus die Konsequenz ziehen. Dafür gibt es im Moment keine konkreten Hinweise, aber wir schauen genau hin.

Wie viel Einfluss nehmen die islamischen Kooperationspartner denn auf den Religionsunterricht?

Im Grundgesetz ist das ganz klar definiert. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Diese Übereinstimmung kann nur die jeweilige Religionsgemeinschaft überprüfen. Dem müssen die staatlichen Curricula entsprechen können, sonst gibt es keinen Religionsunterricht mit diesem Bekenntnis! Das andere ist die Lehrerlaubnis. Es ist der Staat, der die Lehrer einsetzt, aber die Religionsgemeinschaft muss damit einverstanden sein. Bisher ist uns allerdings von Ditib noch keine Lehrerlaubnis verweigert worden.

Noch einmal zu den Lehrerstellen allgemein: Es reicht ja nicht, welche zu schaf-

fen, man muss sie auch besetzen. Wie zu hören ist, gelingt das nicht überall.

Wegen des Stellenaufbaus und der Fluktuation, die wir immer haben, konnten wir zu diesem Schuljahresanfang mehr als 1500 Lehrerstellen neu besetzen, und das ist uns bereits zu 97 Prozent gelungen. Das ist eine sehr gute Quote, die sogar höher als im Vorjahr liegt, und es ist völlig normal, dass man am Anfang des Schuljahrs noch nicht 100 Prozent besetzt hat.

Es sind hessenweit also nur 45 Lehrerstellen unbesetzt?

Von der Größenordnung kommt das ungefähr hin.

Warum ist dann aus so vielen Schulen zu hören, dass Lehrer fehlen?

Wir haben durchaus an der einen oder anderen Stelle ein punktuelles Problem. Schon seit Jahren in den Berufsschulen mit den technischen Fächern. Momentan fehlen außerdem Bewerber mit Lehramt Förderschule und Grundschule.

Gibt es dabei regionale Schwerpunkte?

Ja. Interessanterweise ausgerechnet in den gegensätzlichen Bezirken Waldeck-Frankenberg und Frankfurt. Wir stellen fest, dass die Lehrer in Nordhessen in die Stadt, also nach Kassel streben. Und in Frankfurt haben wir genau das umgekehrte Phänomen, da wollen die Lehrer nicht in die Stadt. Wenn wir nachfragen, heißt es meistens: wegen der Lebenshaltungskosten. Die Antwort, die manchmal auch durchschimmert, lautet: wegen der schwierigeren Klientel.

Die Gewerkschaften kritisieren, dass Lehrer zum Beispiel in Bayern mehr verdienen und weniger arbeiten müssen. Wird es deshalb künftig noch schwerer, Stellen zu besetzen?

Wir müssen die Entwicklung im Auge behalten. Wir stellen zum Beispiel fest, dass wir kaum noch Kräfte mit außerhessischen Examina bekommen.

Liegt das am Geld?

Bayern zahlt in der Tat besser. Daran sieht man, wie wichtig die Schuldenbremse ist. Wenn man das über Jahre hinweg konsequent macht und dann in solch eine positive finanzielle Lage kommt, in der Bayern schon ist, dann kann man sich so etwas auch leisten. Bayern ist aber nur eines von sechs Nachbarländern. Und mit den anderen fünf können wir gut konkurrieren.

Auch in puncto Stundenzahl?

Die ist bei uns schon noch geringfügig höher, aber unter anderem deshalb verkürzen wir ja zum 1. August 2017 die Arbeitszeit für Beamte, und das wird sich auch in entsprechenden Stundenreduzierungen für die Lehrer niederschlagen.

Kritisiert wird außerdem die Praxis, Lehrer befristet einzustellen. Meinen Sie nicht auch, dass das den Beruf unattraktiv macht?

In gewissem Maß brauchen wir befristete Verträge, um flexibel auf den Bedarf etwa bei Schwangerschaften oder Krankheitsvertretungen reagieren zu können. Aber wir wollen die Zahl dieser Verträge reduzieren, und das haben wir auch kontinuierlich gemacht. In diesem Jahr haben wir zum ersten Mal seit langer Zeit wieder einen leichten Anstieg, aber das hat mit der Flüchtlingsfrage zu tun. Der generelle Trend zeigt ganz klar nach unten.

Neu in diesem Schuljahr ist ein Modellprojekt zur Schulleiter-Qualifizierung. Um was geht es dabei?

Ganz früher war es so, dass ein Schulleiter ausgeguckt wurde und sich dann zurechtfinden musste. Inzwischen bieten wir Schulleitern ein Coaching an. Ich will das jetzt nach vorne ziehen, als Maßnahme der Personalentwicklung. Personen, die sich für ein solches Amt interessieren, sollen die Gelegenheit haben, festzustellen, was auf sie zukommt und ob sie dafür geeignet sind. Umgekehrt erleichtert es uns, vielversprechende Bewerber vorab zu identifizieren und in die Zukunft planen zu können.

Was muss ein Schulleiter denn können?

Zunächst einmal müssen es Lehrer und Lehrerinnen sein. Wir werden keine Schulmanager einstellen, pädagogische Erfahrung ist unverzichtbar. Außerdem müssen künftige Schulleiter sich mit Schulrecht und organisatorischen Abläufen auskennen, sie müssen ein Schulbudget verwalten, ein Team führen, kommunizieren und mit Konflikten umgehen können.

08.09.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium
Hessens Erstklässler erhalten Warnwesten



„Ganz schön helle“: Unter diesem Motto verteilen die ADAC Stiftung „Gelber Engel“ und die Deutsche Post heute bundesweit an 750.000 Schulanfänger in rund 16.000 Grundschulen die leuchtend gelben Sicherheitswesten. Bereits zum siebten Mal jährt sich diese Erfolgsgeschichte. Seit Beginn der Aktion im Jahr 2010 hat die ADAC Stiftung „Gelber Engel“ mit ihren Unterstützern rund 5,3 Millionen kostenlose Sicherheitswesten an Erstklässler ausgegeben.

In Wiesbaden fiel heute der Startschuss für die diesjährige Aktion in Hessen: die Geschwister-Scholl-Schule ist eine der über 1.150 teilnehmenden Schulen des Bundeslandes. Gemeinsam übergaben der Hessische Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Schulleiterin Verena Böhm und Jürgen Lachner, Vorstandsmitglied für Verkehr, Umwelt und Technik des ADAC Hessen-Thüringen, den 125 Erstklässlern die Westen aus reflektierendem Material. Fast 60.000 Erstklässler und Vorschüler in Hessen erhalten eine Sicherheitsweste.

Reflektoren und Signalfarben erhöhen die Sichtbarkeit

Gerade in der dunklen Jahreszeit werden junge Verkehrsteilnehmer häufig übersehen. Reflektoren und Signalfarben erhöhen die Sichtbarkeit: Ein Kind in dunkler Kleidung erkennt ein Autofahrer erst aus 25 Metern Entfernung, mit Sicherheitsweste bereits aus 140 Metern. Jürgen Lachner erklärt: „Eine Sicherheitsweste und helle Kleidung erhöhen die Sichtbarkeit der Abschnützen und reduzieren so das Unfallrisiko. Eltern sollten mit ihren Kindern vorab den Schulweg trainieren, so lernen die Erstkläss-

ler die sicherste Route und den Umgang mit Gefahrensituationen kennen.“

Damit die Schulanfänger sicher an das Ziel kommen, gilt für Erwachsene, als gute Vorbilder voranzugehen. Kultusminister Prof. Dr. Lorz betont: „Unsere Kinder sollen einen sicheren Schulweg haben. Die leuchtenden Westen helfen, dass die Schüler sicher in die Schule und wieder nach Hause kommen. Trotzdem gilt unser Appell den Autofahrern, die im Umfeld von Schulen besonders vorsichtig fahren sollten.“

08.09.2016 Pressestelle: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Vereinbarung zur Beschulung von Flüchtlingen unterzeichnet

Staatsminister Stefan Grüttner: „Der Erwerb der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu persönlicher und später auch beruflicher Integration.“



© Robert Kneschke - Fotolia.com

Der Hessische Minister für Soziales und Integration, Stefan Grüttner, hat heute in Melsungen die Vereinbarung zur Mitarbeit der Radko-Stöckl-Schule Melsungen am Projekt „Berufsqualifizierung im Bereich Technik für Flüchtlinge im Alter von 18-27 Jahre – QuaTeF“ unterzeichnet. Die künftigen Partner des Projekts sind die Radko-Stöckl-Schule Melsungen, der Schwalm-Eder-Kreis sowie der Förderverein für ein zukunftsfähiges Melsungen e. V., der auch Träger des Projekts ist. Regelmäßige Beratungs- und Fördergespräche sind integraler Bestandteil dieser Vereinbarungen. Im Anschluss an die Veranstaltung hielt Minister Grüttner zudem ein Grußwort zur Eröffnung der neuen Räumlichkeiten der Gesamtschule Melsungen.

Minister Stefan Grüttner lobte die Vereinbarung: „Der Erwerb der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu persönlicher und später auch beruflicher Integration. Dies ist vor

dem Hintergrund zu sehen, dass die Bedeutung guter Sprachkenntnisse heute in allen Berufen zunimmt. Globalisierung, Digitalisierung sowie der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft machen die Fähigkeit zur Kommunikation mehr und mehr zur Kernkompetenz für den beruflichen Erfolg“, ergänzte der Arbeitsminister. Ein besonderer Bedarf im Berufsfeld Metalltechnik

Aufgrund der regionalen betrieblichen Struktur in Handwerk und Industrie und des darauf bezogenen Arbeitsmarktes besteht in Melsungen und Umgebung ein besonderer Bedarf im Berufsfeld Metalltechnik. Das Projekt führt daher im Schwerpunkt auf dieses Berufsfeld hin.

Das Projekt „Berufsqualifizierung im Bereich Technik für Flüchtlinge im Alter von 18-27 Jahre – QuaTeF“ zielt ab auf den Erwerb elementarer Kenntnisse der deutschen Sprache und der deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung sowie auf eine Einführung in das deutsche Ausbildungs- und Arbeitsleben innerhalb von drei Monaten. Die Teilnahme ist auf junge Erwachsene zwischen 18 und 27 Jahren begrenzt. Das Projekt findet für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an fünf Tagen in der Woche statt. Davon erfolgt an zwei Tagen ein Einsatz im Betrieb, an zwei weiteren Tagen Unterricht in der Berufsschule an der Radko-Stöckl-Schule und an einem Tag der Besuch des Berufswahlbüros des Fördervereins für ein zukunftsfähiges Melsungen e. V. Auf mittlere Sicht soll das Projekt mit dem Landesprogramm „Wirtschaft integriert“ zusammengeführt werden, um die Angebote für junge Menschen mit erhöhtem Sprachförderbedarf nach Möglichkeit zu vereinheitlichen.

Förderverein für ein zukunftsfähiges Melsungen e.V.

Träger des Projektes QuaTeF ist der Förderverein für ein zukunftsfähiges Melsungen e.V.. Er unterhält ein Berufswahlbüro, das das Projekt umsetzt und begleitet. Kooperationspartner sind regionale Betriebe und die Berufsschule Radko-Stöckl-Schule (RSS), die die Beschulung der Teilnehmenden übernimmt.

07.09.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium

Hessen macht weiter Tempo beim Ganztagsausbau



© HKM

„Hessen macht weiter Tempo beim Ganztagsausbau!“ Für den Haushalt 2017 plant das Land neben den bereits langfristig vorgesehenen 230 Stellen zusätzlich abermals ein Zusatzprogramm in Höhe von 6 Mio. Euro, erklärten heute Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz und der Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Mathias Wagner, bei einem gemeinsamen Besuch an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Alexej von Jawlensky in Wiesbaden. Die Schule ist eine von neun Schulen, die im laufenden Schuljahr neu ins Profil 3 des Ganztagsprogramms des Landes gewechselt sind und damit künftig als gebundene Ganztagschule arbeiten können.

Der Ausbau der schulischen Ganztagsangebote ist einer der politischen Schwerpunkte der Hessischen Landesregierung in dieser Legislaturperiode. „Davon profitieren Kinder, Eltern und auch die Kommunen“, sagte Lorz. Mit dem ‚Pakt für den Nachmittag‘ an hessischen Grundschulen hat die Landesregierung das größte Programm zum Ausbau von Ganztagsangeboten initiiert, das es je in Hessen gab. „Wir sind der festen Überzeugung, dass ganztägige Angebote der Schulen positive Wirkungen für das Lernen von Kindern und Jugendlichen haben können“, betonte der Kultusminister weiter. „Vor allem gehen wir damit auch auf die gesellschaftliche Veränderungen und die gestiegene Nachfrage nach solchen Angeboten ein. Es profitieren nicht nur sozial schwache Schülerinnen und Schüler, sondern auch besonders Begabte. Außerdem erleichtern wir damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, so Lorz.

Schwerpunktbereiche der Investitionen
 „Grüne und CDU haben sehr bewusst vier Schwerpunktbereiche für ihre Investitionen im Bildungsbereich definiert“, betonte Matthias Wagner. Neben dem Ganztagsausbau seien dies die Deutschförderung, die inklusive Beschulung sowie die sozialindizierte Lehrerzuweisung. „Wir stehen für ein Mehr an Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Ziel unserer Bildungspolitik ist, dass alle Kinder sich ihren Talenten und Fähigkeiten entsprechend entfalten können und eine individuelle Förderung erhalten“, so Wagner. Damit Eltern zwischen den verschiedenen Formen der Betreuung und der ganztägigen Angebote frei wählen können, ist eine bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen notwendig. Auch im Haushalt 2017 bleibe es bei der Schwerpunktsetzung, mit dem Pakt für den Nachmittag an Grundschulen ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr zu schaffen. Zusätzlich sollen im Haushalt 2017 Mittel im Umfang von 6 Mio. Euro für den Ausbau von Ganztagschulen aller Schulformen bereitgestellt werden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Ausbau von ganztägigen Angeboten an weiterführenden Schulen in allen Profilen und der Weiterentwicklung von ganztägig arbeitenden Grundschulen zum Profil 3. Bei noch nicht ausgeschöpften Ressourcen kann auch die Weiterentwicklung von Grundschulen in den Profilen 1 und 2 gefördert werden. „Wir unterstreichen mit dem Zusatzprogramm einmal mehr, dass der Pakt für den Nachmittag und die Entwicklung von Schulen zu gebundenen Ganztagschulen gemäß Profil 3 kein Widerspruch sind. Vielmehr geht es uns um an den Elternwillen und die Situation vor Ort angepasste Lösungen. Schon im laufenden Schuljahr konnten sowohl alle Anträge von Grundschulen auf Aufnahme in den Pakt für den Nachmittag als auch alle Anträge von Grundschulen auf Aufnahme in Profil 3 bewilligt werden“, erläuterten Lorz und Wagner.

Für das Schuljahr 2017/18 ergibt sich daraus folgende zusätzliche Stelleninvestition:

- Reguläres Ganztagsprogramm + 230 Stellen
- inkl. Pakt für den Nachmittag
- Zusatzprogramm 2017 + 124 Stellen

Schon zum laufenden Schuljahr 2016/17 macht Hessen beim Ganztagsausbau einen

großen Schritt nach vorn: Insgesamt stehen aktuell 347 Stellen zusätzlich für den Ganztagsausbau zur Verfügung, die sich auf drei Programme verteilen:

- Pakt für den Nachmittag + 180 Stellen
- Reguläres Ganztagsprogramm + 50 Stellen
- Zusatzprogramm 2016 + 117 Stellen

1.100 Stellen zusätzlich für Sprachförderung und Integration

Lorz und Wagner hoben darüber hinaus die weiteren Anstrengungen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen hervor: „Für die weitere schulische Integration der Kinder und Jugendlichen, die als Flüchtlinge oder Zuwanderer nach Hessen kommen und dadurch auch die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler erhöhen, sollen im Haushalt 2017 noch einmal rund 1.100 neue Stellen geschaffen werden“, erläuterte der Kultusminister. Ziel sei es einerseits die Intensivmaßnahmen für die Deutschsprachförderung zu verstärken, andererseits aber auch die Integration der Schülerinnen und Schüler in die Regelklassen zu ermöglichen. „Dafür sind in einem ersten Schritt schon jetzt zusätzliche Klassen eingerichtet worden. Insbesondere zum Halbjahreswechsel werden die Schulen aber verstärkt vor der Herausforderung stehen, zusätzliche Klassen zu bilden“, erläuterte der Kultusminister. „Mit den zusätzlichen Stellen sehen wir die Schulen dafür gut gewappnet und geben ihnen Planungssicherheit.“ Davon profitierten alle Schülerinnen und Schüler.

Im Anschluss an das Pressegespräch informierten sich der Minister und der Fraktionsvorsitzende über die Arbeit der IGS Jawlensky, die sich nicht nur als ganztägig arbeitende Schule einen Namen in der Wiesbadener Schullandschaft gemacht hat, sondern insbesondere auch als Kulturschule, die einen ihrer Schwerpunkte auf die musische und künstlerische Bildung der Schülerinnen und Schüler gelegt hat.

Wagner informierte in dem Zusammenhang auch über die Möglichkeit für Integrierte Gesamtschulen (IGS), künftig vollständig binnendifferenziert zu arbeiten: „Wir setzen uns schon lange für längeres gemeinsames Lernen ein und haben daher im Koalitionsvertrag verankert, dass die IGSen die Möglichkeit erhalten, vollständig ohne Aufteilung in Kursen zu unterrichten.“ In Hessen

sei geplant, das in diesem Schuljahr startende Modell ab dem Schuljahr 2017/18 allen Integrierten Gesamtschulen zu ermöglichen. „Damit dieses anspruchsvolle pädagogische Konzept verwirklicht werden kann, wird die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schüler verringert.“ Im laufenden Schuljahr erhalten bis zu acht Gesamtschulen die Möglichkeit, im Tandem mit den vier bestehenden Versuchsschulen dieses Konzept des gemeinsamen längeren Lernens umzusetzen.

Hintergrund – Schuljahr 2016/17:

Insgesamt verfügen im laufenden Schuljahr 2016/2017 in Hessen bereits 1.072 Schulen über ein Ganztagsangebot. Das entspricht einem Anteil von etwa 64% aller allgemeinbildenden Schulen der Grundstufe und der Sekundarstufe I inklusive der Förderschulen. Damit hat sich die Zahl der ganztägig arbeitenden Schulen in Hessen gegenüber dem Beginn des Ganztagsausbaus im Jahr 1999 vervielfacht.

- Darunter sind 726 Schulen im Profil 1, als Schulen mit Ganztagsangeboten an mindestens drei Tagen bis 14:30 Uhr.
- Im Projekt „Pakt für den Nachmittag“ (PfdN) befinden sich im laufenden Schuljahr 122 Schulen aus insgesamt 16 Schulträgerregionen.
- Im Profil 2, Schulen mit Ganztagsangeboten an fünf Tagen bis 16 oder 17 Uhr, arbeiten 130 allgemeinbildende Schulen, davon 3 Förderschulen.
- Im Profil 3, Ganztagschulen oder teilgebundene Ganztagschulen, arbeiten gegenwärtig 94 Schulen, davon 62 Förderschulen und 1 Förderschulzweig.

06.09.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium

Das Projekt „SchreibKunst“ fördert den literarischen Nachwuchs an Hessens Schulen

Mit dem Ziel, Schulen bei der Literaturförderung gezielt zu unterstützen, bietet das Hessische Kultusministerium seit dem Jahr 2012 das Projekt SchreibKunst an. Unter dem Motto „Was zählt ist die Geschichte!“ geht „SchreibKunst“ im gerade angelaufenen Schuljahr nun gemeinsam mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen

(WIBank), die erstmals Partner ist, in die nächste Runde. Insgesamt zehn Schulen nehmen im Schuljahr 2016/2017 am Programm teil. Schwerpunkt ist das gemeinsame Schreiben der Schülerinnen und Schüler mit bekannten hessischen Autorinnen und Autoren. Von Kassel bis Darmstadt arbeiten preisgekrönte Autorinnen und Autoren wie Kathrin Passig („Wortmaschine und Textgenerator“), Lars Ruppel („Mein lieber Herr Gesangsverein“, Poetry-Slam), Silke Scheuermann („Und ich fragte den Vogel“), Thomas Hettche („Sich der Sprache überlassen“), Marica Bodrozic („Die Seele hat keine Nationalität“) und der neue Stadtschreiber von Bergen-Enkheim, Sherko Fatah, mit Schülerinnen und Schülern in Schreibwerkstätten im Schulalltag zusammen. „Literatur ist etwas ganz Wunderbares und die Förderung an Schulen nichts Alltägliches. Mit unserem Förderprojekt ‚SchreibKunst‘ wollen wir daher ganz gezielt die jungen Talente fördern und die Begeisterung für das Schreiben von Büchern hervorrufen“, sagte Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz und ergänzte: „Mit der WIBank haben wir einen starken Partner an unserer Seite, der u.a. mit dem Robert Gernhardt-Preis für Literaturprojekte bereits eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat, welchen Stellenwert die Literaturförderung für ihn besitzt. Das Engagement für die kulturelle Bildung im Rahmen der Nachwuchsförderung in Schulen begrüßen wir sehr.“

Die Wirklichkeit in ihre Facetten aufbrechen „SchreibKunst und Robert Gernhardt passen hervorragend zusammen. Schüler können lernen, wie Gernhardt es meisterhaft beherrschte, mit Sprache Wirklichkeit in ihre Facetten aufzubrechen. Diese Fähigkeit wollen wir mit SchreibKunst befördern“, so Dr. Michael Reckhard, Mitglied der Geschäftsleitung der WIBank.

Bestandteil der gemeinsamen Arbeit zwischen den Profis und den Jungautorinnen und Jungautoren ist u.a. das „Zur-Sprache-Kommen“ eines eigenen Plots, der unbedingt erzählt werden muss, oder ein Gedicht, das endlich aufgeschrieben werden möchte. Die prominenten Paten geben aber auch Tipps oder Anleitungen dazu, welcher Schreibstil zu welchem Genre am besten passt. Nicht zuletzt bietet „SchreibKunst“ die Möglichkeit zur Entdeckung der persönlichen Sprache(n), der individuellen Aus-

drucksformen in Gedicht, Poetry Slam, Erzählung, Jugend-Roman, journalistischem Essay sowie erstmals in einem Weblog. Als Forum für die Netzwerkarbeit der Schulen, die ihr literarisches Profil ausbauen möchten, dient der neue „Arbeitskreis Literarisch aktiver Schulen in Hessen“.

Teilnehmende Schulen:

- Richtsberg-Gesamtschule Marburg
- Elisabeth-Schule Marburg
- Clemens-Brentano-Europaschule Lollar
- Gesamtschule Ebsdorfergrund
- Hinterlandsschule Steffenberg
- Ricarda-Huch-Schule, Gießen

Und ab dem Schuljahr 2016/17:

- Albert-Einstein-Schule Maintal
- Carl-Schomburg-Schule Kassel
- Lichtenbergschule Darmstadt
- Max-Beckmann-Schule Frankfurt

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie bei Dr. Erika Schellenberger-Diederich, Koordinatorin für den Bereich "Literatur" im Projektbüro Kulturelle Bildung des Hessischen Kultusministeriums unter:

erika.schellenberger-diederich@kultus.hessen.de.

Schirmherrin des Projekts ist die Schriftstellerin Eva Demski aus Frankfurt.

Pressemitteilungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung

15.09.2016 Pressemitteilung: 106/2016

Berufliche Bildung in Deutschland leistungsstark und zukunftsweisend

OECD-Studie belegt positive Ergebnisse für Deutschland im Übergang von Bildung in das Berufsleben und bei den MINT-Absolvierenden

Hohe Beschäftigungsquoten und eine starke Ausrichtung auf die Bedarfe der Digitalisierung stärken den Innovationsstandort Deutschland. Der diesjährige OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick 2016", der von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) am 15. September 2016 gemeinsam mit der OECD in Berlin vorgestellt wurde, bescheinigt Deutschland ein zukunftsweisendes Bildungssystem.

"Der Übergang von Bildung in das Berufsleben funktioniert in Deutschland so gut wie in fast keinem anderen Land", sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka bei der Präsentation der Ergebnisse. Die Erwerbslosenquote in Deutschland liegt in allen Bildungsbereichen unter dem OECD-Durchschnitt. Im Tertiärbereich beträgt die Quote der Erwerbslosen nur 2,3% (OECD-Durchschnitt: 4,9%.) Auffallend niedrig ist die Erwerbslosenquote mit 4,3% insbesondere auch für Personen mit mittleren Qualifikationen, also einem Abschluss im Sekundarbereich II bzw. im postsekundären, nicht-tertiären Bereich (OECD-Durchschnitt: 7,3%). Diese Quote hat sich in den letzten 10 Jahren in Deutschland mehr als halbiert (Rückgang von 11,0% in 2005 auf 4,3% in 2015) während sie im OECD-Durchschnitt gestiegen ist (von 6,3% in 2005 auf 7,3% in 2015).

Die positiven Beschäftigungsergebnisse sind eng mit den Stärken des beruflichen Bildungssystems in Deutschland verknüpft. Mehr als die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen (51%) wählt diesen Weg als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit. Dies ist der zweithöchste Wert im OECD-Vergleich (OECD-Durchschnitt: 26%). Um das duale System in Deutschland auch zukünftig so erfolgreich zu gestalten, wird es, auch im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung, verstärkt darum gehen, die berufliche Bildung auf neue Anforderungen des Arbeitsmarktes auszurichten und Qualifizierungsmöglichkeiten noch stärker in den Blickpunkt zu rücken.

"Ich habe daher in der letzten Woche die Initiative Berufsausbildung 4.0 gestartet, mit der wir als BMBF die Digitalisierung in der Ausbildung schneller voranbringen wollen", so Wanka weiter. Das bedeute konkret, dass beispielsweise ein Industrieroboter oder 3D-Drucker schon in der Ausbildung verfügbar sein müssten. Das bedeute aber auch, dass Ausbilder und Betriebe wissen müssten, wie sie digitale Medien in der Berufsbildung einsetzen könnten. "Es geht also um Kompetenzvermitt-

lung und frühzeitige Qualifikation", betonte die Ministerin.

Hamburgs Schulsenator Ties Rabe, Mitglied der Kultusministerkonferenz: "Leseverständnis, Alltagsmathematik und grundlegende IT-Kenntnisse stellen heute unverzichtbare Basiskompetenzen für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe dar. Neben der Förderung der Lese- und mathematischen Kompetenzen in der Schule wollen wir deshalb deutlich mehr Anstrengungen unternehmen, um die digitale Bildung zu verbessern. Zahlreiche Unterrichtsfächer bieten dafür Anknüpfungspunkte. Mit digitalen Medien im Unterricht können wir einerseits die Schülerinnen und Schüler besser auf die Anforderungen im Studium und Beruf vorbereiten, andererseits bieten digitale Medien auch viele pädagogische Verbesserungen für guten Unterricht und gelungenes Lernen."

Ein weiteres wichtiges Thema betrifft den Bereich Bildung und Integration in der Zuwanderungsgesellschaft. Deshalb hat sich die Kultusministerkonferenz dies zum Schwerpunktthema 2016 gesetzt. Flüchtlinge sollen zeitnah in die Lage versetzt werden, die deutsche Sprache zu lernen, um eine Berufsausbildung oder auch ein Studium aufzunehmen und mit Erfolg abzuschließen. Dafür ist die schnelle Bewertung der mitgebrachten ausländischen Qualifikationen von besonderer Bedeutung. "Deshalb freue ich mich besonders, dass die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) mit ihren bewährten Anerkennungsstrukturen weiter ausgebaut wurde", unterstrich Rabe. "Dadurch ist es jetzt leichter, die Qualifikationen von Zuwanderern schneller anzuerkennen und ihnen so den Einstieg in den Beruf zu erleichtern".

Eine Schlüsselrolle spielen in allen Bereichen die Lehrerinnen und Lehrer. Die Altersstruktur hat sich insgesamt verjüngt. So ist im Sekundarbereich der Anteil der unter 40-jährigen Lehrkräfte von 21% (2005) auf 27% (2014) gestiegen. Die in den Ländern nicht zuletzt als Reaktion auf die hohe Zuwanderung stärkere Neueinstellung von Lehrkräften wird auch zu einer weiteren

Verjüngung des Lehrpersonals beitragen. Rabe: "Die Länder haben in den vergangenen Monaten ihre Anstrengungen zur Deckung des Lehrkräftebedarfs erheblich gesteigert und bereits viele neue Lehrkräfte eingestellt. Um möglichst schnell die Lücken zu füllen, wurden außerdem die Möglichkeiten für den Seiteneinstieg ins Lehramt erweitert."

Der OECD-Bericht zeigt außerdem, dass die Natur- und Ingenieurwissenschaften in Deutschland überdurchschnittlich beliebt sind. Der Anteil der Absolvierenden der Naturwissenschaften lag im Jahr 2014 für alle drei Bildungsabschlüsse im Tertiärbereich (Bachelor bzw. gleichwertige berufliche Programme, Master, Promotion) mit jeweils 12%, 16% und 32% über den OECD-Durchschnittswerten (9%, 8%, 27%). Auch bei den Ingenieurwissenschaften sind die deutschen Absolvierenden überdurchschnittlich stark vertreten mit 24%, 16% und 11% (OECD-Durchschnitte: 13%, 13%, 17%).

"Diese Zahlen zeigen, dass die Potenziale der Digitalisierung und Automatisierung mit diesen Qualifikationen gut genutzt werden können. Die vielen hochqualifizierten jungen Menschen sind unverzichtbar für den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland. Zu diesen Hochqualifizierten zählen wir selbstverständlich auch die Meister und Techniker, die in der internationalen Klassifizierung im Tertiärbereich verankert sind", sagte Wanka abschließend.

14.09.2016 Pressemitteilung: 105/2016 Kleine Unternehmen bei der Ausbildung unterstützen

JOBSTARTER plus hilft Betrieben, weiterhin auszubilden / Wanka: "Kleinunternehmen müssen Säule der Berufsausbildung bleiben"

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt kleine Unternehmen dabei, weiterhin Lehrlinge auszubilden. Die betriebliche Ausbildungsbeteiligung ist rückläufig. Dieser Rückgang ist fast ausschließlich auf Verluste bei sehr kleinen Betrieben zurückzuführen. Insgesamt ist die Zahl der Ausbildungsbetriebe

bei den Kleinstunternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 2007 um fast ein Viertel gesunken.

"Kleine Unternehmen müssen eine tragende Säule der Berufsausbildung in Deutschland bleiben. Gerade diese Betriebe sehen sich jedoch in einem harten Wettbewerb mit mittleren und größeren Unternehmen um die sinkende Zahl der Schulabgänger. Hier setzen wir mit dem Programm JOBSTARTER plus an und fördern regionale Projekte, die insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen bei der betrieblichen Ausbildung unterstützen. Damit wollen wir einen Beitrag zur Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung leisten", sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka.

Gefördert werden können Projekte, die die Betriebe mit den Instrumenten des externen Ausbildungsmanagements unterstützen. Berater helfen Betrieben zum Beispiel dabei, Ausbildungsplätze einzurichten, auf diese aufmerksam zu machen und geeignete Bewerberinnen und Bewerber auszuwählen.

Ein weiterer Schwerpunkt der neuen Förderrunde von JOBSTARTER plus ist die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Bewältigung der Anforderungen durch "Industrie 4.0". Viele KMU stehen derzeit vor der Herausforderung, ihre Fertigungs- und Dienstleistungsprozesse an die Automatisierung und Digitalisierung anzupassen. Von dieser Entwicklung ist auch die betriebliche Personalentwicklung und damit die Ausbildung der künftigen Fachkräfte betroffen. Die Unterstützung durch die geförderten Projekte soll dazu beitragen, KMU im Hinblick auf den erforderlichen Anpassungsprozess ihrer betrieblichen Aus- und Weiterbildung zu beraten und zu begleiten.

Das Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER plus wird aus Mitteln des BMBF und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Bis 2020 stehen für JOBSTARTER plus 109 Millionen Euro zur Verfügung, davon 48 Millionen Euro vom BMBF.

Weitere Informationen zur aktuellen Förderbekanntmachung:

<http://www.jobstarter.de/de/projekte-98.php>

09.09.2016

Pressemitteilung: 101/2016

Wanka: "Wir brauchen eine Berufsbildung 4.0"

BMBF stellt erste repräsentative Studie zur Nutzung digitaler Medien in betrieblicher Aus- und Weiterbildung in Deutschland vor
Bundesbildungsministerin Johanna Wanka neben Michael Heister, Abteilungsleiter im BIBB, bei der gemeinsamen Vorstellung der Studie in Berlin.

Nahezu jeder Betrieb in Deutschland verfügt heute über internetfähige Technik wie Desktop-PC, Laptops oder Tablet-Computer und setzt diese auch bei der betrieblichen Ausbildung ein. Dennoch werden spezielle digitale Lern- und Medienformate von den Betrieben in der Ausbildung noch sehr zurückhaltend eingesetzt, hier spielen weiter klassische Medienformate die größte Rolle. Das ist ein Ergebnis der ersten repräsentativen Untersuchung zur Bedeutung digitaler Medien in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegeben hat. Hierfür haben das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und TNS Infratest 3000 Betriebe in Deutschland zur Nutzung digitaler Medien befragt.

"Die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung hat längst auch die Berufsbildung erfasst. Dachdecker inspizieren heute Gebäude mithilfe von Drohnen, Anlagenmechaniker bauen Smart-Home-Technik in Eigenheime ein. Der digitale Wandel schafft neue Anforderungen an die Qualifizierung von Fachkräften, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten, Wissen mit digitalen Lern- und Lehrformaten zu vermitteln", sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka. "Wir brauchen eine Berufsbildung 4.0. Das BMBF legt deshalb einen besonderen Schwerpunkt darauf, die Digitalisierung in der beruflichen Bildung zu fördern. Besonders für dieses Thema sensibilisieren und unterstützen wollen wir dabei kleine und mittlere Unternehmen."

Die Studie "Digitale Medien in Betrieben – heute und morgen. Eine repräsentative Bestandsanalyse" ermöglicht erstmals einen Überblick über die aktuelle Nutzung digitaler Medien nach Branchen, Betriebsgrößenklassen und Regionen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. In der Studie wurde auch untersucht, wie die Betriebe die

künftige Bedeutung von digitalen Medien in der Aus- und Weiterbildung einschätzen. In den kommenden drei Jahren sieht die Mehrzahl der befragten Betriebe demnach bei allen betrieblichen Tätigkeiten einen weiteren Bedeutungszuwachs digitaler Geräte. Unzufrieden ist dagegen fast jeder zweite Betrieb mit den IT-Kenntnissen seiner Auszubildenden und bewertet diese lediglich mit ausreichend. Weniger als ein Drittel bewertet die Kenntnisse als sehr gut oder gut.

Im Mittelpunkt der BMBF-Förderung zur Berufsbildung 4.0 steht das Programm "Digitale Medien in der beruflichen Bildung". Hier werden neue digitale Lösungsansätze entwickelt und erprobt, wie beispielsweise Lernen am Arbeitsplatz, ePortfolios und offene Bildungsmaterialien (Open Educational Resources). Auch die Stärkung der Medienkompetenz betrieblicher Ausbilderinnen und Ausbilder wird gefördert. Darüber hinaus fördert das BMBF die zukunftsfähige Qualifizierung von Fachkräften insbesondere für kleine- und mittlere Unternehmen mit einem Sonderprogramm für die Digitalisierung in den Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS). Mit der Initiative "Fachkräftequalifikation und Kompetenzen für die digitalisierte Arbeit von morgen" wird in Kooperation mit dem BIBB anhand von 13 exemplarisch ausgewählten Berufen untersucht, wie sich die Digitalisierung auf Arbeitsprozesse und Qualifizierungsanforderungen auswirkt und wie die Ausbildung entsprechend angepasst werden sollte.

Mit einer neuen Förderung sollen ab dem kommenden Jahr Verbreitung und Transfer guter Konzepte zum digitalen Lernen gefördert werden. Ziel ist ein Netzwerk für digitales Lernen, über das Unternehmen gemeinsam die notwendigen technischen Infrastrukturen und digitalen Lernangebote bereitstellen und nutzen können. Gefördert werden sollen auch die gemeinsame Entwicklung von Standards und Verfahren zur Qualitätssicherung sowie die Bereitstellung von hochwertigen Qualifizierungsangeboten. Zusätzlich zielt eine weitere neue Initiative ab dem kommenden Jahr darauf ab, die digitale Medienkompetenz in der Weiterbildung zu verbessern.

Die Studie "Digitale Medien in Betrieben – heute und morgen. Eine repräsentative Bestandsanalyse" finden Sie unter:

<https://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/8048>

07.09.2016 Pressemitteilung: 098/2016 Lese- und Schreibkompetenzen Erwachsener verbessern

Morgen jährt sich der Weltalphabetisierungstag zum 50. Mal / Wanka: "Wir brauchen passende Angebote für die Bedürfnisse der Lernenden"

Neue Arbeitsschutzbestimmungen lesen, ein Pflegeprotokoll ausfüllen, der Freundin ein Rezept aus Großmutter's Küche aufschreiben oder den Kindern bei den Hausaufgaben helfen - das ist für zahlreiche Menschen in Deutschland eine große Herausforderung, weil sie funktionale Analphabeten sind. Sie können zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, nicht jedoch zusammenhängende, auch kürzere Texte wie zum Beispiel eine schriftliche Arbeitsanweisung verstehen.

Bund und Länder wollen gemeinsam mit weiteren Partnern während der Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung von 2016 bis 2026 Erwachsene noch intensiver dabei unterstützen, besser lesen und schreiben zu lernen. "Eine zentrale Aufgabe während der Dekade ist es, das private und berufliche Umfeld von funktionalen Analphabetinnen und Alphabeten anzusprechen, damit sie ermutigt werden, ihre Lese- und Schreibkompetenzen zu verbessern. Dafür brauchen wir für die unterschiedlichen Lernbedürfnisse jeweils passende Angebote", sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka.

Den Weltalphabetisierungstag 2016 nutzen zahlreiche vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekte, um in ihrer Region oder Branche auf die Chancen aufmerksam zu machen, die mit verbesserten Lese- und Schreibfähigkeiten im Alltag ebenso wie im Beruf verbunden sind. Die BMBF-Projekte entwickeln beispielsweise erfolgreich getestete Lernangebote, Sensibilisierungskonzepte und Kooperationsmodelle weiter und tragen die besten Erfahrungen in die Fläche. Dabei stehen Informationen, Beratung und Unterhaltung auf dem Programm. Beispiele für solche Veranstaltungen am Weltalphabetisierungstag sind:

Unter dem Motto "Wenn Worte Schwimmen lernen" organisiert der Bundesverband für

Alphabetisierung und Grundbildung mit dem Projekt "ALFA-Mobil" in Münster einen Poetry&Quiz-Abend. An Bord der MS Günther erwartet die Gäste künstlerische Unterhaltung, und sie können auch ihr Wissen über das Thema Alphabetisierung, Lesen und Schreiben testen.

"Essen von A bis Z" steht beim Projekt "ABCami", das Alphabetisierungsmaßnahmen in Moscheen unterstützt, auf dem Programm. Kursteilnehmer organisieren Kochevents in Frankfurt/Main, Bad Homburg und Berlin-Spandau und präsentieren die gemeinsam zubereiteten kulinarischen Spezialitäten in deutscher und arabischer Sprache.

Eine ganze Woche widmet das Projekt "Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener" (APAG) der Volkshochschule Trier diesem Thema mit unterschiedlichen Veranstaltungen, in der sich Betroffene und ihre Familien über Unterstützungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten informieren können und beispielsweise Eltern und Pädagogen Anregungen erhalten, wie ein Kind zum Leser wird.

Mit Plakatausstellungen an sechs Standorten in Deutschland suchen gewerkschaftliche Akteure des Projektes "MENTO" das Gespräch mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Personalverantwortlichen und Führungskräften zum Thema "Grundbildung in der Arbeitswelt". Das BMBF wird während der Dekade diverse Projekte mit insgesamt 180 Millionen Euro fördern. Die zentrale Auftaktveranstaltung zur Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung findet am 28. und 29. November 2016 in Berlin statt.

Einen Überblick über Veranstaltungen am Weltalphabetisierungstag finden Sie hier:

<http://www.alphabetisierung.de/service/veranstaltungen-welt-alpha-tag-2016/veranstaltungsuebersicht-welt-alpha-tag-2016/>

02.09.2016

Pressemitteilung: 096/2016

BMBF fördert soziales Start-up "Kiron" für Flüchtlinge

Kiron und Partnerhochschulen eröffnen Flüchtlingen durch digitale Lehr- und Lernangebote die Möglichkeit eines gleitenden Hochschulzugangs

Cornelia Quennet-Thielen hat die Förderbescheide übergeben an: Aloys Krieg von der RWTH Aachen, Gründer Vincent Zimmer und Rolf Granow von der FH Lübeck. © BMBF/Hans-Joachim Rickel

Die Integration ausländischer Studierender in Deutschland ist schon lange eine Aufgabe, für die sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) engagiert. Seit verganginem Jahr liegt dabei ein besonderer Fokus auf Maßnahmen, die studieninteressierten Flüchtlingen eine Perspektive bieten. Um hierfür gezielt auch digitale Mittel zu nutzen, fördert das BMBF ab jetzt die innovative Bildungsplattform "Kiron Open Higher Education" im Verbund mit ihren Partnerhochschulen RWTH Aachen und Fachhochschule Lübeck.

Kiron Open Higher Education ist ein im Frühjahr 2015 gegründetes soziales Start-up, das Flüchtlingen in enger Kooperation mit Partnerhochschulen über digitale Lehr- und Lernformate die Möglichkeit eines gleitenden Hochschulzugangs eröffnet. Das BMBF war seit der Gründung in engem Austausch mit der gemeinnützigen Initiative und wird Kiron nun bei seiner strategischen Weiterentwicklung und Professionalisierung fördern. Für das Pilotvorhaben "INTEGRAL² - Integration und Teilhabe von Geflüchteten im Rahmen von digitalen Lehr- und Lernszenarien" stellt das BMBF den Verbundpartnern ab September diesen Jahres 2,1 Millionen Euro für zunächst 13 Monate bereit.

"Mit der Förderung von Kiron und seinen Partnern RWTH Aachen und Fachhochschule Lübeck verfolgen wir mehrere Ziele: Wir unterstützen talentierte junge Menschen bei der Vorbereitung auf ein Studium und beim Zugang zu einer Hochschule in Deutschland. Gleichzeitig fördern wir innovative Formen der Studienvorbereitung und moderne, digital gestützte Lehr- und Unterstützungsangebote für die Frühphase der Hochschulausbildung. Diese Formate haben das Potential, Pilotprojekt für die Ansprache Studieninteressierter aus dem Ausland insgesamt – und damit weit über den Kontext Flüchtlinge hinaus – zu sein", sagte Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im BMBF, zum Auftakt der Zusammenarbeit.

Wesentliche Säulen des Projekts INTEGRAL² sind Maßnahmen zur Kompetenzfeststellung und Unterstützung in der onlinebasier-

ten Studienvorbereitungs- und Eingangsphase, wie etwa digitale Sprachkurs- und Mentoring-Angebote. Darauf aufbauend entwickeln die Verbundpartner gemeinsam Online-Curricula in den Bereichen Ingenieurwissenschaften, Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre, Informatik und Sozialwissenschaften weiter. Die langjährige Erfahrung der Fachhochschule Lübeck und der RWTH Aachen in der Konzeption von Online-Kursen für verschiedene Zielgruppen spielt hierbei eine zentrale Rolle. Die Hochschulen arbeiten gemeinsam mit Kiron auch an verschiedenen Anrechnungsverfahren der Online-Kurse und erproben damit Möglichkeiten und Grenzen digitaler Bildungsangebote beim Übergang vom außerhochschulischen Lernen in akkreditierte Studiengänge. Einen besonderen Wert wird bei dem Projekt darauf gelegt, dass die Erfahrungen sich durch die enge Zusammenarbeit mit dem großen Netzwerk der Partnerhochschulen allgemein in die deutsche Hochschullandschaft übertragen lassen.

"Diese strategische Zusammenarbeit mit unseren Partnerhochschulen ist ein bedeutender Schritt, damit digitale Bildungsangebote forschungsbasiert weiterentwickelt und dadurch möglichst vielen geflüchteten Menschen Bildungsperspektiven geboten werden können. Die Unterstützung des BMBF wird uns wesentlich dabei helfen, dieses innovative Vorhaben zum Erfolg zu führen und damit seine weitere Verbreitung und Nutzung zu fördern", sagte Vincent Zimmer, Mitgründer von Kiron.

Pressemeldungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

08.09.2016 Pressemitteilung 38/2016 Ausbildung Geflüchteter: Betriebliches Engagement läuft an

Ergebnisse einer BIBB-Befragung von Ausbildungsbetrieben. Klein- und Mittelbetriebe sind sich der besonderen Bedeutung der Berufsausbildung für die Integration von nach Deutschland geflüchteten Menschen bewusst. Dies ist das Ergebnis einer im ersten Quartal 2016 vom **Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)** durchgeführten Befragung unter rund 1.570 klein- und mittelständischen Ausbildungsbetrieben aus ausgewählten Wirtschafts- und Berufsbereichen. Drei Viertel der befragten Betriebe

meinen, Ausbildung sei ein entscheidender Faktor, damit die Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft gelingt.

Rund 40 Prozent der befragten Klein- und Mittelbetriebe sehen in der Ausbildung von Geflüchteten zudem Chancen für die deutsche Wirtschaft insgesamt und für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses im Besonderen. Jedoch traut sich eine gleich hohe Zahl in dieser Frage kein eindeutiges Urteil zu, und etwa jeder siebte der befragten Betriebe bezweifelt sogar eine derartige Aussage. Zudem sieht jeder zweite befragte Klein- und Mittelbetrieb durch die Ausbildung Geflüchteter finanzielle Belastungen auf die Wirtschaft zukommen, die nur durch staatliche Unterstützungsleistungen gestemmt werden können.

Was das eigene Engagement betrifft, berichtete fast jeder zehnte Betrieb, zwischen Anfang 2015 und Anfang 2016 bereits von sich aus Ausbildungs- und Praktikumsmöglichkeiten für Geflüchtete angeboten zu haben. Im selben Zeitraum wurde jeder vierte Betrieb auf Ausbildungsmöglichkeiten für Geflüchtete angesprochen. Die Anzahl der darüber mit Geflüchteten zustande gekommenen Ausbildungsverhältnisse ist zwar noch gering, dennoch zeigen die Befunde, dass Klein- und Mittelbetriebe der Ausbildung Geflüchteter aufgeschlossen gegenüberstehen.

Für **BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser** belegen die Untersuchungsergebnisse, dass kleine und mittlere Betriebe Potenzial für die Ausbildung Geflüchteter haben. Um dies zu nutzen, braucht es aber noch mehr an Beratung und Unterstützung. „Im Gegensatz zu Großunternehmen mit ihren professionellen Ausbildungs- und Personalentwicklungskapazitäten wird deutlich, dass gerade kleine und mittlere Betriebe auf qualitativ hochwertige Service- und Dienstleistungsangebote angewiesen sind – von der Berufsorientierung über die Ausbildungsvertragsanbahnung bis hin zur Ausbildungsbegleitung.“

Weitere Informationen zur BIBB-Analyse „Betriebliches Engagement in der Ausbildung Geflüchteter. Ergebnisse einer Befragung von Klein- und Mittelbetrieben“ im Internetangebot des BIBB unter www.bibb.de/befragung-gefluechtete
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Pressemitteilungen der EU-Kommission

14-09-2016 Plenartagung Pressemitteilung

Debatte zur Lage der Union 2016

EU-Kommissionspräsident Juncker hält seine zweite Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament

Populismus, Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit gehören zu den größten Herausforderungen für die EU, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner jährlichen Rede zur Lage der Union im Europäischen Parlament am Mittwoch. Die Flüchtlingskrise, Brexit und die Terrorbekämpfung waren ebenfalls Themen der Debatte mit den Fraktionsvorsitzenden und anderen Abgeordneten, die ihre Vorschläge darlegten, wie am besten auf die Zukunftssorgen der Menschen einzugehen sei.

Zur Eröffnung der Debatte zur Lage der Union, und bevor er EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das Wort erteilte, sagte der Präsident des Europäischen Parlaments [Martin Schulz](#), die Rede zur Lage der Union sei ein wichtiger Moment für die Arbeit des Parlaments, insbesondere in Zeiten der Veränderung oder sogar Zäsur, sowie zwei Tage vor dem informellen EU-Gipfel in Bratislava.

Der Präsident der EU-Kommission [Jean-Claude JUNCKER](#) begann seine Rede mit einer Aufzählung der wichtigsten aktuellen Herausforderungen für die EU: Fragmentierung, Populismus, Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit. „Populismus löst keine Probleme, sondern schafft sie“, hob er hervor. Zum Thema Brexit: „Wir respektieren und bedauern die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aber die EU als solche ist deshalb nicht in Gefahr.“ - „Wir wären froh, wenn die Anfrage zum Brexit so bald wie möglich umgesetzt wird.“ Juncker fügte hinzu, dass die neuen Beziehungen EU-UK keinen Zugang „à la carte“ zum Binnenmarkt enthalten werden.

Juncker ging danach auf weitere Herausforderungen für Europa ein: eine schnelle Ratifizierung des Abkommens gegen den Klimawandel, weitere Freihandelsabkommen mit Drittländern wie CETA, Datenschutz, der Kampf gegen Steuerflucht, Aufbau einer Kapitalunion, Zugang zu Hochgeschwindigkeitsinternet und mehr Investitionen zur

Schaffung von Arbeitsplätzen. Er kündigte auch an, dass die Mittel für den Strategischen Investment Fond der EU verdoppelt würden.

Zur Flüchtlingskrise meinte Juncker, dass ein Anfang von Solidarität zu erkennen sei, aber noch viel mehr gebraucht würde. Er schlug die Schaffung eines EU Solidaritäts-corps und einen neuen Investitionsplan für Afrika vor. In Sachen Terrorbekämpfung benötige es mehr Informationsaustausch zwischen nationalen Polizeibehörden, meinte Juncker und plädierte, unter anderem, für eine Stärkung Europol. Er kündigte auch einen Vorschlag für einen europäischen Verteidigungsfond an.

Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden

(Klicken Sie auf den jeweiligen Namen, um den kompletten Videoausschnitt zu sehen)

EVP-Fraktionschef [Manfred WEBER](#) (DE) zitierte proeuropäische Meinungen einiger der vielen jungen Europäer, die im Sommer mit Interrail-Pässen durch Europa reisten: „Für die Jugend bedeutet Europa eine bessere Zukunft“. Des Weiteren nannte er die Türkei einen wichtigen Partner, der jedoch kein Vollmitglied der Europäischen Union werde könne. Zum Abschluss meinte Weber: „Die Bürger Europas wollen kein geteiltes Europa, sondern sie wollen Lösungen“.

S&D-Fraktionschef [Gianni PITTELLA](#) (IT) dankte Juncker für positive Antworten auf Vorschläge seiner Fraktion zugunsten nachhaltigen Wachstums, Investitionsplan, Jobs und im Kampf gegen Steuerevasion. Junckers Beurteilung der Lage der EU, so Pitella, zeuge von Bewusstsein und Verantwortung, und er begrüße die Flexibilität bzw. Absenz jeglichen Verweises auf Austerität. Zu Brexit meinte Pitella, dass die britische Premierministerin die EU seit drei Monaten in Pattstellung halte und unterstrich die Notwendigkeit einer Antwort der EU.

Der EKR-Vorsitzende [Syed KAMALL](#) (UK) sagte, dass „mehr Europa, mehr militärische Integration und mehr Schulden“ die Gründe gewesen seien, warum die Bürger sich von der EU distanziert hätten. „Wer die berechtigten Sorgen der Menschen nicht ernst nimmt, wird die Wähler in die Arme radikaler politischer Kräfte treiben“, warnte er, und forderte, die EU könne „weniger tun, dies aber besser, um neuen Herausforde-

rungen zu begegnen und ernsthafte Reformen einzuleiten, damit wir wettbewerbsfähiger werden und Chancen für unsere Bürger in einem globalisierten Umfeld schaffen.“

Der Vorsitzenden der ALDE-Fraktion **Guy VERHOFSTADT** (BE) sagte, Europa sei generationell gespalten: Die jungen Menschen seien überwiegend proeuropäisch, die älteren europaskeptisch. „Die Populisten predigen ein falsches Gefühl der Sicherheit, sie glauben, mit Mauern und Zäunen lösen wir alle Probleme, aber wie wollen sie den Klimawandel oder Terroristen fernhalten? Mit Zäunen oder europapolitischen Maßnahmen?“, fragte Verhofstadt und fügte hinzu: „Europa ist das Heilmittel gegen das Krebsgeschwür des Nationalismus“ und „Der Brexit ist eine Chance für Europa“.

„Es sind immer die Bürger, die die Schulden schultern müssen, sagte **Gabriele ZIMMER** (GUE/NGL, DE). „Wir sprechen die ganze Zeit von Flexibilität und Arbeitsplätzen, aber wie sollen die Bürger das noch glauben?“, fragte sie und fügte hinzu, dass es Vorrang haben müsse, den Bürgern Europas „vernünftige Jobs und vernünftige Wohnmöglichkeiten“ zu verschaffen. Zimmer sagte auch, dass die EU demokratischer werden muss.

Rebecca HARMS (Grüne/EFA, DE) betonte, dass die EU die Antwort auf die Herausforderungen in unsicheren Zeiten der Globalisierung sei und forderte neue Maßnahmen, die das Vertrauen der Bürger „in einen neuen gemeinsamen europäischen Weg“ stärken können. Sie verlangte ebenfalls die Schaffung einer Klimaunion und die zügige Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens. Der Vorsitzende der EFDD-Fraktion **Nigel Farage** (UK) sagte zum wiederholten Mal, dass er zufrieden mit der Brexit-Entscheidung der Briten sei. Er erwarte ein schnelles Wachstum der Oppositionsparteien in Europa und sagte: „Sie werden die Osteuropäischen Länder nicht davon abhalten können, Merkels Flüchtlingspolitik abzulehnen“. Er erwartete ebenfalls weitere Referenda in Europa.

Marine LE PEN (ENF, FR) nannte Junckers Rede „nichtssagend“ und meinte, sie klang eher nach einem „Begräbnis der EU“. Für Marine Le Pen war der „Brexit ein echter Tabubruch“, der zeigt, dass man die EU tatsächlich verlassen und besser dastehen

kann. In Antwort auf eine Frage meinte Le Pen dass sie eine Volksabstimmung zum Frexit initiieren würde, sollte sie 2017 zur Präsidentin Frankreichs gewählt werden.

Diane DODDS, eine fraktionslose Abgeordnete aus dem Vereinigten Königreich, sprach die Hoffnung aus, dass nach dem Brexit „die EU und das Vereinigte Königreich neue Beziehungen zum beiderseitigen Nutzen“ aufbauen werden.

Slowakische Ratspräsidentschaft

Die EU steht vor beispiellosen Herausforderungen, muss aber zuallererst die Unsicherheit bekämpfen, unterstrich **Ivan Korčok**, Staatssekretär im slowakischen Außen- und Europaministerium. Der informelle EU-Gipfel in Bratislava vom 16. September wird eine Chance für eine „offene und freizügige Diskussion“ infolge des Brexit-Votums bieten und ein „Verfahren einleiten“, um „Gemeinsamkeiten zu ermitteln“ in den Bereichen „Migration sowie innere und äußere Sicherheit.“

Antwort des Kommissionspräsidenten

In seiner Antwort auf die Redebeiträge der Abgeordneten erklärte **Juncker**, dass intensive Verhandlungen mit der Türkei zur Visa-liberalisierung im Gange seien, dass aber alle Vorbedingungen für eine solche Visa-liberalisierung erfüllt sein müssten, wie zum Beispiel Änderungen der türkischen Anti-Terror-Gesetze. Auch sei die Kommission dabei, Konsultationen über einen EU-Grundpfeiler für Soziales abzuhalten.

14.09.2016

Rede zur Lage der Union

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-3043_de.htm?locale=en

Artikel über Bildung aus der Presse

15.09.2016 Süddeutsche

Schulen, Unis, Ausbildung Deutschland investiert mehr Geld in die Schulen

Die OECD stellt ihren neuen Bericht "Bildung auf einen Blick 2016" vor.

- Demnach steht Deutschland in vielen Bereichen besser da als der OECD-Durchschnitt, insbesondere bei den Investitionen in den schulischen Bereich.
- Die finanzielle Ausstattung der Unis hinkt allerdings hinterher. Und dann

ist da noch die Gender-Lücke in vielen Bereichen.

Im Dezember ist es wieder so weit: Eine neue Pisa-Studie wird vorgestellt. Das ist die Schulleistungsuntersuchung der **OECD** (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die seit dem Jahr 2000 alle drei Jahre durchgeführt wird und damals in Deutschland bei Bildungspolitikern und -forschern den nach ihr benannten Schock auslöste.

Mit Blick auf den Dezember dürfte eine aktuelle Erhebung der OECD die gleichen Personen diesmal zuversichtlich stimmen. Die jährliche Studie "**Bildung auf einen Blick**" sieht Deutschland bezüglich vieler Kompetenzen im Bildungswesen nicht nur auf einem guten Weg, sondern auch auf einem Niveau, das teils deutlich oberhalb des Durchschnitts aller OECD-Länder liegt. Eine Übersicht über die wichtigsten Erkenntnisse:

In den Schulen

Obwohl die Schülerzahl in Deutschland zwischen 2008 und 2013 gesunken ist, sind die Ausgaben schneller gestiegen als im OECD-Durchschnitt. Je Schüler liegen die jährlichen Bildungsausgaben hierzulande bei 10 267 US-Dollar - etwa 1000 Dollar mehr als der Durchschnitt und eine Steigerung um zwölf Prozent gegenüber 2008. Grundsätzlich ist dabei zu berücksichtigen, dass die Erhebung die Flüchtlingsentwicklung der vergangenen beiden Jahre und die damit verbundenen Ausgaben für Bildung noch nicht berücksichtigt.

Was den vorschulischen Bereich betrifft, unterstreicht die OECD-Studie eine wichtige Erkenntnis: "Die Teilnahme an frühkindlicher Bildung ist für Kinder mit Migrationshintergrund besonders vorteilhaft", heißt es dort. In Deutschland halbiere sich das Risiko, im Alter von 15 Jahren bei der Pisa-Untersuchung zur Risikogruppe zu zählen, wenn Kinder für mehr als ein Jahr an frühkindlichen Bildungsangeboten teilgenommen hätten, erklärte Andreas Schleicher, Direktor für Bildung bei der OECD.

An den Universitäten

Im Gegensatz zu den **Schulen** haben die Investitionen in die hochschulische Bildung nicht mit dem starken Anstieg der Studierendenzahlen mithalten können. 2013 haben 28 Prozent mehr Menschen ein Studium begonnen als noch fünf Jahre zuvor. Zwar

haben sich die Ausgaben pro Student in der Zeit in absoluten Zahlen auch erhöht. Da so viele Neu-Studierende dazugekommen sind, liegen die Pro-Studierendem-Investitionen dennoch zehn Prozent unterhalb des Wertes von 2008.

"Die Ausgaben pro Studierendem sanken dabei in vergleichbarem Umfang wie in Spanien während der Finanzkrise", sagt OECD-Direktor Schleicher.

Abseits des Geldes sind die neuen Zahlen zur Gender-Lücke in der Bildung, besonders an den Unis, eine nähere Betrachtung wert. Demnach stellt es nach wie vor eine Herausforderung dar, mehr Frauen für wissenschaftliche oder technische Studiengänge zu gewinnen. Viermal so viele Männer wie Frauen machen in Deutschland einen Hochschulabschluss in den Bereichen Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen. Im OECD-Durchschnitt sieht es etwas ausgewogener aus, dort sind es nur etwa dreimal so viele Männer wie Frauen.

Gleiches, nur mit umgekehrtem Vorzeichen, gilt für erziehungswissenschaftliche Studiengänge: Dort schließen etwa dreimal so viele Frauen wie Männer ein **Studium** ab. Ähnlich sieht das Absolventenverhältnis in Geisteswissenschaften aus.

Im Beruf

Viele Klischees über die Ausbildungsrichtungen von Männern und Frauen bestätigen sich also. Das Ergebnis steht auch im Bericht: "In allen OECD-Ländern und auf allen Bildungsniveaus weisen Frauen niedrigere Beschäftigungsquoten auf als Männer."

Ließe sich das mit althergebrachten, aber doch im Wandel befindlichen familiären Strukturen erklären - offenbar kümmern sich doch noch immer mehr Frauen als Männer um die Kinder oder übernehmen Pflegeaufgaben im privaten Bereich -, so sieht es beim finanziellen Aspekt schon anders aus. Denn unabhängig vom Bildungsniveau verdienen Frauen durchschnittlich weniger als Männer, teilweise um mehr als 30 Prozent.

Einen Grund für dieses finanzielle Ungleichgewicht führt die aktuelle Studie an: die Studien- und Berufswahl. Erwachsene mit einem Abschluss in den vornehmlich "männlichen Bereichen" wie Mathematik oder Ingenieurwesen haben demnach einen wesentlich höheren Verdienst, als er in

den eher "weiblichen" Fachrichtungen Gesundheit oder Lehrerausbildung üblich ist. Insgesamt steht Deutschland in Sachen Ausbildungsquote gerade bei den jungen Menschen jedoch sehr gut da: So waren im vergangenen Jahr nur 8,6 Prozent der 15- bis 29-Jährigen nicht in Bildung, Ausbildung oder Beschäftigung. Es ist einer der niedrigsten Anteile in den OECD-Ländern. Auch klappt der Übergang von der Ausbildung in den Beruf hierzulande deutlich besser als in den meisten anderen untersuchten Ländern. Allerdings sank der Anteil der Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur in den vergangenen Jahrzehnten kaum. Er liegt bei den heute 25- bis 34-Jährigen bei 13 Prozent.

15.09.2016 Frankfurter Neue Presse 3000 neue Stellen geplant: Landesregierung gibt mehr Geld für Bildung und Sicherheit

Von **GERHARD KNEIER** Hessen muss sparen und gibt dennoch mehr Geld für 3000 neue Stellen aus, vornehmlich bei Bildung, Polizei und Justiz. Dazu ist ein 1,6-Milliarden-Brocken für die Flüchtlinge zu stemmen. Foto: Silas Stein Auch bei der Polizei will das Land die Mittel aufstocken.

Wiesbaden.

Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) hat am Mittwoch den Landeshaushalt für das kommende Jahr in den Landtag eingebracht. Er lobte sich selbst dafür, dass damit die Schuldenaufnahme weiter reduziert wird und 2019 auch mit dem Abbau von Altschulden begonnen wird. Doch die Opposition kritisiert, dass trotz immenser Steuereinnahmen die Investitionen weiter abgesenkt werden und die Landesregierung zudem auf Kosten der Beamten spart.

Über 27 Milliarden Euro wird das Land Hessen nach dem Etatentwurf im kommenden Jahr ausgeben. Die Einnahmen liegen um 530 Millionen Euro darunter. Der größte Teil der Differenz wird mit einer neuen Verschuldung ausgeglichen: Mit rund 350 Millionen Euro ist die Nettokreditaufnahme veranschlagt. Immerhin sind das 300 Millionen weniger als im vergangenen Jahr, wie Schäfer hervorhebt. Und die Summe soll weiter sinken, bis 2019 und damit ein Jahr früher als von der Verfassung vorgeschrieben, gar keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. „Hessen hält in turbulenten Zeiten

Kurs in Richtung Schuldenabbau“, rühmt der Finanzminister.

200 Mio. für Schuldenabbau

Bei allem Sparzwang schafft die schwarz-grüne Landesregierung aber auch neue Stellen. 1100 davon sind allein für neue Lehrer vorgesehen, die vor allem, aber nicht ausschließlich der Eingliederung der Flüchtlinge zugute kommen sollen. Hinzu kommen 100 neue Professoren an hessischen Hochschulen. Neben der Bildung profitiert auch die Sicherheit von dem Stellenzuwachs: 500 sind für Polizei und Verfassungsschutz vorgesehen. Und fast 80 neue Mitarbeiter in der Finanzverwaltung sollen laut Schäfer helfen, den Kampf gegen Steuerkriminelle erfolgreicher zu führen.

„Wir machen Schluss mit einer Politik, die unseren Kindern und Enkeln immer neue Schulden aufbürdet“, rief Schäfer aus. Er räumte ein, dass die 200 Millionen Euro zum Abbau von Altschulden, die in der mittelfristigen Finanzplanung für 2019 vorgesehen sind, bei insgesamt 4,4 Milliarden Verschuldung des Landes nur ein Anfang sein können. Aber er ist dennoch stolz darauf, denn so etwas habe das Land seit einem halben Jahrhundert nicht mehr geschafft.

Und Schäfer betont, dass trotz aller Sparbemühungen die Aufgaben gut geschultert würden. Allein 1,6 Milliarden kostet die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Deren Aufnahme nennt er „eine humanitäre Verpflichtung“ und ein „Gebot der christlichen Nächstenliebe“.

Für den SPD-Politiker Norbert Schmitt aber besteht „kein Anlass für selbstverliebtes Eigenlob“ des Finanzministers. Schließlich schwimme das Land in Geld: 3,2 Milliarden Steuermehreinnahmen und 1,2 Milliarden Euro mehr Unterstützung vom Bund. Der Pferdefuß des Haushalts sei, dass für Investitionen, welche die Wirtschaft ankurbeln sollen, 150 Millionen Euro weniger zur Verfügung stünden.

„Ungerecht zu Beamten“

Und dass die Besoldungserhöhungen der Beamten erneut auf ein Prozent begrenzt werden, sei unhaltbar und ungerecht. Linken-Fraktionschef Willi van Ooyen nannte es sogar „perfide“, bei den Beamten 240 Millionen Euro einzusparen und nur 135 Millionen für neue Stellen bereitzustellen.

Der FDP-Politiker Jörg-Uwe Hahn bemängelte, statt die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern, würden die üppigen Mehreinnahmen „verfrühstückt“. Dabei sei es jetzt an der Zeit, die Neuverschuldung zu beenden. Der Grüne Frank Kaufmann lobt dagegen, Hessen werde „grüner und gerechter“.

15.09.2016 taz

OECD-Bildungsvergleich

Luft nach oben

Im Bildungsvergleich der OECD steht Deutschland mit seinem beruflichen Bildungssystem gut da. Es bleiben aber Gerechtigkeitslücken.

Auch soziales Lernen ist Lernen Foto: dpa
BERLIN taz | Reich aber knausrig: Der Anteil des Bruttosozialprodukts, den Deutschland in seine Bildungseinrichtungen investiert, ist im internationalen Vergleich erneut gesunken. Deutschland gibt aktuell 4,2 Prozent seiner jährlichen Gesamteinnahmen für Bildung aus – im Vergleich der Industrieländer sind es 5,2 Prozent.

Das zeigt der am Donnerstag veröffentlichte Bericht der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Vor einem Jahr flossen noch 4,4 Prozent des BIP in Bildung.

Der Rückgang erklärt sich vor allem mit den sprudelnden Einnahmen, die aber nur teilweise an die Bildungseinrichtungen weitergegeben wurden. Im Bereich der Schulen hat Deutschland die Ausgaben zwischen 2008 und 2013 durchaus erhöht und zwar trotz sinkender Schülerzahlen.

Die Hochschulen sind allerdings nicht in gleicher Weise bedacht worden. Hier sind die Studierendenzahlen stark gestiegen – um fast 30 Prozent –, die Ausgaben jedoch nur mäßig, so dass pro Studierenden heute zehn Prozent weniger zur Verfügung stehen als 2008. „Die Ausgaben pro Studierenden sanken dabei in vergleichbarem Umfang wie in Spanien während der Finanzkrise“, so der Direktor für Bildung bei der OECD Andreas Schleicher.

Gute wirtschaftliche Lage

Einmal jährlich trägt die OECD die Bildungskennzahlen ihrer Mitgliedsländer zusammen und legt sie in dem 640-Seiten starken Bericht „Bildung auf einen Blick“ übereinander. Wie auch in den Vorjahren schneidet Deutschland im Bereich der beruflichen Bildung gut ab, bekommt aber schlechte

Noten in den Disziplinen Gerechtigkeit und Bildungsaufstieg.

Nur knapp neun Prozent der 15- bis 29-jährigen haben weder einen Job noch eine Ausbildung – nur in Island und den Niederlanden ist der Anteil geringer, in Spanien oder Griechenland jedoch bedeutend höher. Das ist ein Hinweis darauf, dass nicht nur das oft gelobte Berufsbildungssystem, sondern auch die gute wirtschaftliche Lage entscheidend dazu beitragen, die Jugendarbeitslosigkeit gering zu halten.

Größer als in anderen Ländern sind in Deutschland nach wie vor die Geschlechterunterschiede in Ingenieurwissenschaftlichen und technischen Fächern.

Auch in Deutschland spiegelt sich der internationale Trend zu Hochschul- oder vergleichbaren Abschlüssen wider. So nimmt inzwischen mehr als jeder Zweite ein Studium im sogenannten tertiären Bereich auf – darunter fallen auch die Meisterausbildung oder berufliche Zusatzqualifizierungen. Dieser Anteil liegt inzwischen nur noch leicht unter dem OECD-Durchschnittswert von 61 Prozent.

Ungleiche Chancen

Allerdings sind die Chancen ungleich verteilt: Unter den 13 Prozent gering Qualifizierten, ein Anteil der in allen Generationen relativ stabil ist, sind überproportional häufig Menschen mit Migrationshintergrund. Was erklärbar ist mit dem geringen Bildungsstand, den viele der Gastarbeiter mitbrachten, die in den 60er- und 70er-Jahren nach Deutschland kamen. Doch der Bildungsaufstieg gelingt ihren Kindern und Enkeln nur mühsam: So hat fast die Hälfte der 25- bis 44-jährigen, deren Eltern keinen Berufsabschluss haben, wiederum keinen Abschluss – nur sieben Prozent schaffen es bis zum Abschluss auf Hochschulniveau.

Zum Vergleich: Wenn beide Eltern niedrigqualifiziert, aber in Deutschland geboren sind, verbleiben nur 15 Prozent der Mitzwanziger bis Mitvierziger auf dem gleichen Bildungslevel – jeder fünfte hat einen Abschluss auf Hochschulniveau. Eine vergleichbare Mobilität bekommt Kanada auch für die Menschen mit Zuwanderungshintergrund hin.

Größer als in anderen Ländern sind in Deutschland nach wie vor die Geschlechterunterschiede in Ingenieurwissenschaftlichen und technischen Fächern. Auf vier Stu-

dentem im Bereich Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen kommt eine Studentin. Im OECD-Vergleich beträgt das Verhältnis 3:1. Gerade das Studium solcher Fächer zahlt sich später aus: Wer Informatik oder Ingenieurwissenschaften, Mathematik oder Bauwesen studiert hat, verdient im Beruf wesentlich mehr als jemand, der einen Abschluss in der Fachrichtung Gesundheit oder soziale Dienst hat.

Hier schlägt das Geschlechterpendel in der Ausbildung und später im Beruf traditionell zur anderen Seite aus – was ein Grund dafür sein dürfte, dass die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen im Alter von 35 bis 44 Jahren in Deutschland wesentlich größer sind als in anderen OECD-Ländern: Vollzeitbeschäftigte Frauen mit einem Tertiärabschluss verdienen 34 Prozent weniger als Männer. (OECD-Durchschnitt 26 Prozent).